Mediendienst

Stuttgart, 15. Februar 2011

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Rülke und Arnold: Keine Verwässerung des Werkrealschul-Konzepts

Kusterdinger Modell zulassen – Wahlmöglichkeiten nicht einschränken - Der Vorstoß der Kultusministerin, sich jetzt auch den kleineren Hauptschulstandorte anzunehmen, birgt die Gefahr der Verwässerung des Werkrealschul-Konzepts. Dies sagten der Vorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Rülke, und die bildungspolitische Sprecherin Dr. Birgit Arnold, auf einer Landespressekonferenz.

Wichtiger als jetzt auch einzügigen Hauptschulen den Titel Werkrealschule zu geben, „ist es, ihnen die Freiheit zu lassen, sich zusammenzuschließen und eine Werkrealschule mit der ganzen Palette an Wahlpflichtfächern anzubieten." Deshalb forderten Rülke und Arnold das Kultusministerium noch einmal auf, Konsequenzen aus dem Urteil des Sigmaringer Verwaltungsgerichts zur Werkrealschule in Kusterdingen zu ziehen und die Schulen vor Ort in die Freiheit zu entlassen, die ihnen das Schulgesetz schon jetzt bietet. „Lassen Sie das Kusterdinger Modell dort zu, wo es vor Ort gewollt ist oder gewollt wurde, aber aufgrund der vom Verwaltungsgericht jetzt kassierten ministeriellen Verordnung nur bis Klasse 7 erlaubt war", so Birgit Arnold. Und: „Die neue Werkrealschule ist ein Erfolgsmodell, das jeder Hauptschule offenstehen muss." Die Absicht des Kultusministeriums, das Erfüllen eines Qualitätskriteriums zur Voraussetzung für die Gründung einer Werkrealschule zu machen, sei der falsche Ansatz, so Arnold. „Qualitätsentwicklung muss alle Haupt-und Werkrealschulen umfassen und darf nicht einzelne Schulen ausschließen", sagte die bildungspolitische Sprecherin. Die FDP trete für weitgehende Wahlmöglichkeiten ein. Erstens müssten einzügige Hauptschulen weiter bestehen können und wie die neuen Werkrealschulen zusätzliche Lehrerwochenstunden für die individuelle Förderung sowie für ein Wahlpflichtfach erhalten, wie es der Beschluss der Koalition vorsieht. Zweitens müsse die Möglichkeit bestehen, gemeinsam mit Kooperationspartnern eine Werkrealschule mit allen drei Wahlpflichtfächern – Natur und Technik, Gesundheit und Soziales, Wirtschaft und Informationstechnik – unter dem Dach einer Schulleitung zu bilden. „Drittens treten wir Liberalen dafür ein, dass Haupt- bzw. Werkrealschulen mit Realschulen weitgehende Kooperationen eingehen können. Dabei sollen die jeweiligen Bildungsgänge erhalten bleiben", so Birgit Arnold.

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de